



Drucken Schliessen



Artikel aus der
Stuttgarter Zeitung -
Ausgabe Kreis
Göppingen, Freitag,
29. August 2008
Seite 24

Region Stuttgart

Bürgerbegehren zum Kauffmann-Areal spaltet die Stadt

**In Ebersbach liegen die Nerven blank -
Bürgermeister Wolff warnt vor den Risiken eines
Entscheids**

Ausgabe: Nr.202

EBERSBACH. In Ebersbach schlagen die Wogen hoch. Denn jetzt steht es fest: das Aktionsbündnis Kauffmann-Areal hat noch bis zum 4. September Zeit, um die notwendigen Unterschriften für das angestrebte Bürgerbegehren zu sammeln.

Von Sabine Riker

Die Nerven in Ebersbach (Kreis Göppingen) liegen blank. Eine Stadträtin habe ein Mitglied des Aktionsbündnisses beim Unterschriftensammeln auf der Straße regelrecht zusammengestaucht, sagt der Sprecher der Initiative, Horst Wehinger. Die Frau sei danach fix und fertig gewesen. Auch von der Stadtverwaltung komme Gegenwind. „Wir dürfen nicht mehr ins Freibad rein, um Unterschriften zu sammeln“, klagt Wehinger. „Das ist Politik nach Gutsherrenart.“ Außerdem sei mit Gericht gedroht worden.

„Das ist ein Gerücht“, sagt der Leiter des Hauptamts, Günther Pfeiffer, der seinen Zorn über diesen Vorwurf nicht verbergen kann. „Ein bisschen verärgert bin ich schon, wenn Gerüchte in Umlauf gesetzt werden, dass ich die freie Meinungsäußerung verhindern möchte. Ich bin ein überzeugter Demokrat“, erklärt er. Anders verhalte sich die Sache mit dem Freibad. Dort sei es in der Tat nicht erwünscht, dass Unterschriften gesammelt würden. Pfeiffer führt die Gemeindeordnung ins Feld, nach der es nicht zulässig sei, öffentliche Einrichtungen zu einer Plattform der Kommunalpolitik zu machen. Das Freibad sei eine öffentliche Einrichtung, und die Stadtverwaltung sei verpflichtet, Einhalt zu gebieten, wenn die Initiative „systematisch das Freibad durchkäme“. „Hätte das Bündnis ein Tischle mit Sonnenschirm vor dem Freibad aufgestellt“, so Pfeiffer, „wäre nichts dagegen einzuwenden gewesen.“

Das Aktionsbündnis will bekanntlich verhindern, dass in Ebersbachs neuer Mitte der Entwurf der Firma Immoinvest verwirklicht wird. Vor allem stört sich die Initiative daran, dass in der Mitte des früheren Industriegeländes ein großer Parkplatz angelegt werden soll. Die Initiatoren wollen das angestrebte Bürgerbegehren nicht als Konfrontation verstanden wissen. Vielmehr wolle man sich mit der Verwaltung und dem Gemeinderat noch einmal zusammensetzen und nach einer besseren Lösung suchen.

Bis zum 4. September hat das Aktionsbündnis nach der Auskunft des Regierungspräsidiums Zeit, die rund 1200 erforderlichen Unterschriften für ein Bürgerbegehren zusammenzubekommen. Horst Wehinger ist zuversichtlich, dies zu schaffen. Einen Überblick, wie viele Bürger bereits unterzeichnet haben, hat er noch nicht. Das Interesse sei aber groß. „Bei mir steht das Telefon nicht mehr still. Alle wollen wissen, wie sie an die Unterschriftenlisten kommen.“

Unterdessen hat Bürgermeister Edgar Wolff mit einer Mitteilung auf den Vorstoß des Aktionsbündnisses reagiert. Darin wird noch einmal ausführlich die lange Vorgeschichte des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. Juli erläutert. In dieser letzten Sitzung vor der Sommerpause vergab das Gremium bekanntlich die Baukonzession an Immoinvest. Hinter dieser Firma steht der Ebersbacher Investor Hermann Weber. Er will unter anderem einen Supermarkt nebst dem

umstrittenen Parkplatz und verschiedene Fachgeschäfte auf dem Kauffmann-Areal ansiedeln.

Darüber hinaus wundert sich Wolff in der Mitteilung, dass das Aktionsbündnis lediglich eine Aufhebung des Beschlusses verfolge, nicht aber darlege, was alternativ in der neuen Mitte gebaut werden solle. Er verweist ferner auf mögliche rechtliche und finanzielle Risiken eines gescheiterten Vergabeverfahrens, falls der Beschluss durch einen Bürgerentscheid aufgehoben werden sollte. Wie berichtet, war das Kauffmann-Areal europaweit ausgeschrieben worden.

Wolff schließt seine Ausführung mit der Feststellung, dass er zwar „die Instrumente des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids als Ausdruck demokratischer und bürgerschaftlicher Beteiligung und Willensbildung in hohem Maße“ respektiere, in dieser Sache sei er aber der Auffassung, dass es „mit erheblichen Risiken“ für die Stadt verbunden wäre, den Gemeinderatsbeschluss vom 22. Juli aufzuheben.

RIKER
© 2006 Stuttgarter Zeitung

Bürgerbegehren zum Kauffmann-Areal spaltet die Stadt

In Ebersbach liegen die Nerven blank – Bürgermeister Wolff warnt vor den Risiken eines Entscheids

EBERSBACH. In Ebersbach schlagen die Wogen hoch. Denn jetzt steht es fest: das Aktionsbündnis Kauffmann-Areal hat noch bis zum 4. September Zeit, um die notwendigen Unterschriften für das angestrebte Bürgerbegehren zu sammeln.

Von Sabine Riker

Die Nerven in Ebersbach (Kreis Göppingen) liegen blank. Eine Stadträtin habe ein Mitglied des Aktionsbündnisses beim Unterschriftensammeln auf der Straße regelrecht zusammengestaucht, sagt der Sprecher der Initiative, Horst Wehinger. Die Frau sei danach fix und fertig gewesen. Auch von der Stadtverwaltung komme Gegenwind. „Wir dürfen nicht mehr ins Freibad rein, um Unterschriften zu sammeln“, klagt Wehinger. „Das ist Politik nach Gutsherrenart.“ Außerdem sei mit Gericht gedroht worden.

„Das ist ein Gerücht“, sagt der Leiter des Hauptamts, Günther Pfeiffer, der seinen Zorn über diesen Vorwurf nicht verbergen kann.

„Ein bisschen verärgert bin ich schon, wenn Gerüchte in Umlauf gesetzt werden, dass ich die freie Meinungsäußerung verhindern möchte. Ich bin ein überzeugter Demokrat“, erklärt er. Anders verhalte sich die Sache mit dem Freibad. Dort sei es in der Tat nicht erwünscht, dass Unterschriften gesammelt würden. Pfeiffer führt die Gemeindeordnung ins Feld, nach der es nicht zulässig sei, öffentliche Einrichtungen zu einer Plattform der Kommunalpolitik zu machen. Das Freibad sei eine öffentliche Einrichtung, und die Stadtverwaltung sei verpflichtet, Einhalt zu gebieten, wenn die Initiative „systematisch das Freibad durchkäme“. „Hätte das Bündnis ein Tischle mit Sonnenschirm vor dem Freibad aufgestellt“, so Pfeiffer, „wäre nichts dagegen einzuwenden gewesen.“

Das Aktionsbündnis will bekanntlich verhindern, dass in Ebersbachs neuer Mitte der Entwurf der Firma Immoinvest verwirklicht wird. Vor allem stört sich die Initiative daran, dass in der Mitte des früheren Industriegeländes ein großer Parkplatz angelegt werden soll. Die Initiatoren wollen das angestrebte

Bürgerbegehren nicht als Konfrontation verstanden wissen. Vielmehr wolle man sich mit der Verwaltung und dem Gemeinderat noch einmal zusammensetzen und nach einer besseren Lösung suchen.

Bis zum 4. September hat das Aktionsbündnis nach der Auskunft des Regierungspräsidiums Zeit, die rund 1200 erforderlichen Unterschriften für ein Bürgerbegehren zusammenzubekommen. Horst Wehinger ist zuversichtlich, dies zu schaffen. Einen Überblick, wie viele Bürger bereits unterzeichnet haben, hat er noch nicht. Das Interesse sei aber groß. „Bei mir steht das Telefon nicht mehr still. Alle wollen wissen, wie sie an die Unterschriftenlisten kommen.“

Unterdessen hat Bürgermeister Edgar Wolff mit einer Mitteilung auf den Vorstoß des Aktionsbündnisses reagiert. Darin wird noch einmal ausführlich die lange Vorgeschichte des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. Juli erläutert. In dieser letzten Sitzung vor der Sommerpause vergab das Gremium bekanntlich die Baukonzession an Immoinvest. Hinter dieser Firma steht der Ebersbacher

Investor Hermann Weber. Er will unter anderem einen Supermarkt nebst dem umstrittenen Parkplatz und verschiedene Fachgeschäfte auf dem Kauffmann-Areal ansiedeln.

Darüber hinaus wundert sich Wolff in der Mitteilung, dass das Aktionsbündnis lediglich eine Aufhebung des Beschlusses verfolge, nicht aber darlege, was alternativ in der neuen Mitte gebaut werden solle. Er verweist ferner auf mögliche rechtliche und finanzielle Risiken eines gescheiterten Vergabeverfahrens, falls der Beschluss durch einen Bürgerentscheid aufgehoben werden sollte. Wie berichtet, war das Kauffmann-Areal europaweit ausgeschrieben worden.

Wolff schließt seine Ausführung mit der Feststellung, dass er zwar „die Instrumente des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids als Ausdruck demokratischer und bürgerschaftlicher Beteiligung und Willensbildung in hohem Maße“ respektiere, in dieser Sache sei er aber der Auffassung, dass es „mit erheblichen Risiken“ für die Stadt verbunden wäre, den Gemeinderatsbeschluss vom 22. Juli aufzuheben.

© 2006 Stuttgarter Zeitung